

Pressemitteilung
der Gesetzestreuenden Jüdischen Landesgemeinde Brandenburg

Potsdam, 25. Mai 2025 / 27 Ijar 5785

Wer trägt die Verantwortung für die Vertreibung der Juden?

An den Beauftragten der Bundesregierung gegen Antisemitismus, Herrn Felix Klein

Sehr geehrter Herr Klein,

Sie haben der "Rheinischen Post" (am Samstag, 24.05.2025) mitgeteilt, dass die zur Verfügung stehenden Mittel zum Schutz jüdischer Einrichtungen weiterhin ausreichend seien.

Mit unserer Pressemitteilung vom 20. März 2025 (20 Adar 5785) haben wir die Öffentlichkeit und auch Sie persönlich über den mangelnden Schutz der Gesetzestreuenden Jüdischen Landesgemeinde Brandenburg informiert. Der Grund für den mangelnden Schutz ist die fehlende Förderung durch das zuständige Kulturministerium des Landes Brandenburg.
(<https://toratreu.de/erklaerungen/203.pdf>)

Den für die Sicherheitsmaßnahmen für die Einrichtungen und Veranstaltungen der Gesetzestreuenden Jüdischen Landesgemeinde Brandenburg im Jahr 2024 beantragten Förderbetrag hat die zuständige Kulturministerin Manja Schüle um 58% gekürzt.

Die Förderung der Sicherheitsmaßnahmen sind trotz des angekündigten und nachgewiesenen Mehrbedarfs und der gestiegenen Mindeststundenlohn für die Wachschützer auf dem Niveau 2024 geblieben. Die Privatwohnungen der in den Öffentlichkeit stehenden Vertreter der Landesgemeinde werden trotz der bestehenden Gefährdungslage nicht geschützt. Der bewaffnete Wachschutz wurde vom Land abgelehnt.

Von den aus Ihrer Sicht ausreichenden finanziellen Bundesmitteln für den Schutz jüdischer Einrichtungen profitiert die Gesetzestreuende Jüdische Landesgemeinde Brandenburg nicht.

Der Schutz jüdischer Einrichtungen ist auch keine Maßnahme zur Antisemitismusbekämpfung, sondern eine Notmaßnahme zum Schutz der jüdischen Menschen, für die in Deutschland zunehmend eine Gefahr für Leib

oder Leben besteht. Der Schutz ist dabei sehr eingeschränkt und besteht nur innerhalb der jüdischen Einrichtungen.

Angesichts der katastrophalen Lage der Juden in Deutschland möchten wir Sie fragen:

1. Welche Maßnahmen im Kampf gegen den kontinuierlich und rasant steigenden Antisemitismus in Deutschland haben Sie als Beauftragte gegen Antisemitismus seit 2018 initiiert und umgesetzt und ggf. welche Wirkung diese Maßnahmen gezeigt haben?
2. Wer ist aus Ihrer Sicht für den katastrophal gestiegenen Antisemitismus in Deutschland und für die im Zusammenhang damit stehende Vertreibung der Juden aus Deutschland verantwortlich?
Sollen die Verantwortlichen für dieses Verbrechen gegen den Juden vor Gericht gestellt werden?

Der Vorstand